

29.09.15 | Jugendämter

## 30.000 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge erwartet

Dieses Jahr könnten zwischen 20.000 und 30.000 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Deutschland ankommen. Eine enorme Herausforderung für die Jugendämter. Sie kommen schon jetzt an ihre Grenzen. Von Kristian Frigelj, Münster

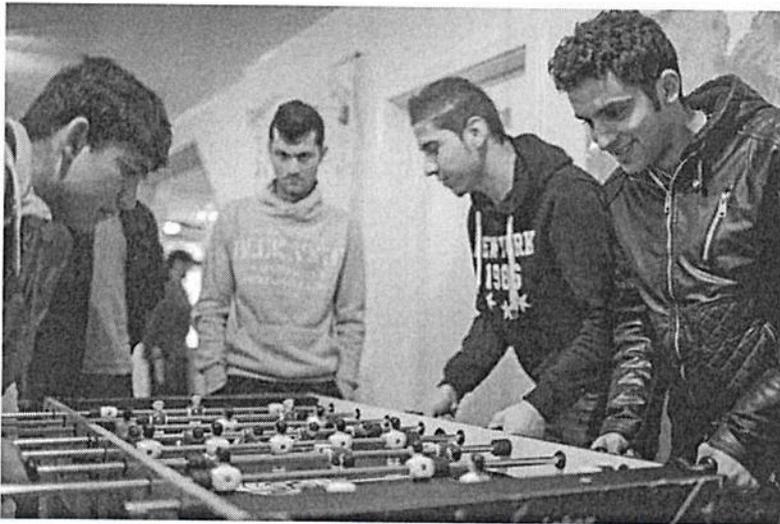


Foto: dpa

Allein reisende minderjährige Flüchtlinge in Boizenburg (Mecklenburg-Vorpommern)

Wenn die Jugendlichen aus Syrien ankommen, brauchen sie erst einmal Ruhe und Geborgenheit. Sie haben meist Schreckliches erlebt auf ihrem Weg nach Deutschland. Viele leiden unter Traumata. Doch eines beeindruckt Rainer Schwarz immer wieder: "Die wollen was erreichen; die wollen in die Schule; die wollen eine Ausbildung, eine Perspektive." Schwarz ist Jugendamtsdirektor im Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg, wo etwa 90 allein reisende Minderjährige betreut werden. Hier musste wegen des Andrangs die Ein-Bett-Regelung in den Unterkünften aufgegeben werden. Peter Kraft vom Jugendamt in Bochum bestätigt den Eindruck seines Kollegen aus Berlin: "Das sind Menschen, die schnellstmöglich integriert werden wollen."

Längst kommt nicht mehr nur die typische Klientel in die Heime, also jene Kids aus einem kaputten Elternhaus, die auf nichts mehr Lust haben und von einem selbstzerstörerischen Weg abgehalten werden müssen.

Die neuen Heimkinder werden immer jünger und immer mehr. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der Landesjugendämter rechnet damit, dass dieses Jahr zwischen 20.000 und 30.000 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Deutschland ankommen könnten, wobei diese Schätzung auf der eher vorsichtigen und wohl überholten Prognose von insgesamt 800.000 Asylsuchenden beruht. Längst rechnet die Bundesregierung mit einer Million Neuankömmlingen ([Link: http://www.welt.de/146941915](http://www.welt.de/146941915)). Allein Nordrhein-Westfalen registrierte in diesem Jahr schon 5000 unbegleitete Kinder und Jugendliche. Fast alle müssen in Heimen betreut werden. Eine Pflegefamilie wäre in der Regel überfordert, da die jungen Flüchtlinge oft traumatisiert sind und Therapien benötigen.

Bisher müssen sich vor allem die Jugendämter in Großstädten darum kümmern, weil die Jugendlichen dort ankommen oder dorthin drängen. Berlin und Hamburg sind besonders beliebt. Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen tragen bisher sieben von 193 Jugendämtern die Hauptlast. In Dortmund, Köln, Düsseldorf, Bonn, Aachen, Münster und Bielefeld müssen die Ämter die meisten Kinder unterbringen, Sprachkurse organisieren, Betreuer zuweisen, Schul- oder Ausbildungsplätze besorgen.

Ab November werden sämtliche bundesweit etwa 600 Jugendämter stärker damit konfrontiert, denn durch das geänderte Kinder- und Jugendhilfegesetz werden die Minderjährigen wie die Erwachsenen nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Die Jugendämter stünden "vor einer sozialen, pädagogischen und vor allem auch menschlichen Mammutaufgabe", sagt die BAG-Vorsitzende Birgit Zeller vom Landesjugendamt Rheinland-Pfalz auf einer Pressekonferenz in Münster. Es handelt sich bei den Ankömmlingen meist um über 16-Jährige, die zu etwa 90 Prozent männlich sind. Es sind mittlerweile fast zehnmal mehr als noch im Jahr 2009.

"Es ist mit Quietschen und Knarren gelungen. Die Jugendämter haben das bisher bravourös gemeistert, doch sie kommen an ihre Grenzen. Aus dem laufenden Geschäft können diese Aufgaben nicht bewältigt werden", sagt Zeller. Sie schätzt, dass bundesweit mindestens 2000 Sozialarbeiter und Pädagogen notwendig wären, mehr als der Arbeitsmarkt (Link: <http://www.welt.de/146977925>) momentan hergibt.

Woher die neuen Kräfte kommen könnten, selbst wenn sie finanziert würden und wenn sie nicht die reguläre drei- bis fünfjährige Ausbildung absolvieren müssten, ist Zeller schleierhaft. "Auf irgendeine miraculöse Weise" könne es schon gelingen, sagt sie. Sie wolle die Probleme der Kommunen nicht kleinreden, aber es seien vor einigen Jahren, als dringend viele Erzieherinnen gesucht wurden, auch genügend Kräfte gefunden worden.

Diesen Optimismus spürt man allenthalben unter Sozialarbeitern. "Wir können das. Ob wir das auch schaffen, hängt davon ab, welche Ressourcen uns zur Verfügung gestellt werden", sagt Jugendamtsdirektor Schwarz aus Berlin. Allein die Hauptstadt benötigt nach seiner Aussage mittelfristig 1700 zusätzliche Heimplätze. Bundesweit dürften es an die 20.000 bis 30.000 sein.

### Jugendliche wollen in Großstädte

Doch wie schwer dies zu realisieren sein wird, lässt sich mit Blick auf die enormen Kosten erahnen: 175 Euro müssen die Länder pro Person und Tag für die Unterbringung etwa aufbringen. Hinzu kommen noch Ausgaben etwa für Sprachkurse oder andere Integrationsmaßnahmen (Link: <http://www.welt.de/147002496>).

Bis neue Plätze entstehen, dauert es nach Schätzungen der BAG wegen der geltenden baurechtlichen Vorgaben fünf Jahre. Eine Ewigkeit, wenn man bedenkt, dass die Jugendlichen längst da sind. Die Vorsitzende Zeller beklagt, dass in den hinteren Reihen der Verwaltung bisher noch nicht alle die wahre Dramatik erfasst hätten: "Wir brauchen an manchen Stellen auch ein Verwaltungsbeschleunigungsverfahren."

Der vom Bund zugesprochene Zuschuss von 350 Millionen Euro zur Betreuung unbegleiteter Jugendlicher reiche nicht aus. Es ist aus Sicht der Praktiker fraglich, ob die gesetzlich vorgesehene Verteilung auf die 600 Jugendämter in der Praxis funktionieren wird. Denn die Jugendlichen drängt es in die Großstädte. Jugendamtsleiter Schwarz aus Berlin erzählt, dass sie partout nicht ins Umland wollten: "Es sind Menschen mit einer großen Willenskraft, und sie wollen nach Berlin."